Widmung und Umstufung von Bundesfern- und Landesstraßen

Anlagen
- Dienstanweisung
- Musterverfügung
- Technische Anforderungen

Mit der Einführung der als Anlage beigefügten Dienstanweisung zum Thema Widmung und Umstufung von Bundesfern- und Landesstraßen im Zusammenhang mit Neubaustrecken bzw. mit Änderungen im Bestand treten folgende Regelungen außer Kraft:
- Erlass des Umwelt- und Verkehrsministeriums vom 23.04.2003; Az.: 63-3911.14
- Erlass des Umwelt- und Verkehrsministeriums vom 09.03.1999; Az.: 61-3911.14/240.

Durch die Widmung erlangt die Straße den Status einer öffentlichen Sache. Sie ist der konstituierende Akt, ohne den eine öffentliche Straße nicht entstehen kann. Mit der Widmung wird zugleich die Gruppe, zu der die Straße gehört, bestimmt. Die Einstufung bleibt von einer tatsächlichen Änderung der Verkehrsbedeutung der Straße unberührt. Letztere erlangt erst rechtliche Wirkung, wenn ihr durch eine Umstufung
Rechnung getragen wird. Die rechtliche Wirkung der Umstufung liegt in einem Wechsel des Eigentums am Straßenkörper und der Straßenbaulast.


Bei Widmungen im Zusammenhang mit Neubaumaßnahmen wird um frühzeitige Vorlage vor der Verkehrsfreigabe gebeten, damit diese rechtzeitig zur Verkehrsfreigabe rechtswirksam werden kann.


Sollte eine Beseitigung der Unterhaltungsrückstände vor Eintritt der Rechtswirkungen der Verfügung nicht mehr möglich sein oder wünscht der künftige Baulastträger keine Rückstandsbeseitigung, weil z. B. eigene Leistungen (Kanalsanierung) in Kürze er-

gez. Klaiber
Dienstanweisung zur Erstellung von Widmungsverfügungen

Bei der Anwendung des Bearbeitungsschemas ist zwischen Neubaumaßnahmen und Veränderungen im Bestand zu unterscheiden.

I. Änderungen im Zusammenhang mit einer Neubaumaßnahme (Zeitpunkt: Planungsbeginn)

1. Netzkonzeption
   Nach RE 2012 Teil II Entwurfsunterlagen Nr. 3.4.1 Ziffer 1 sind in den Entwurfsunterlagen (Erläuterungsbericht der Voruntersuchung) Aussagen zur zukünftigen Straßennetzgestaltung hinsichtlich Widmung/Umstufung/Einziehung zu treffen. Nach Nr. 4.3.2 wird die Widmung Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses, sie muss deshalb bereits bei der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen mit dem zuständigen Fachreferat (Ref. 45) abgestimmt werden. Die entsprechenden Planfeststellungsunterlagen sind später Bestandteil der Widmungsverfügung.

2. Vorlagepflicht

3. Übernahmeerklärung

4. Veröffentlichung
   Die Widmungsverfügung ist dem zuständigen Ministerium rechtzeitig vor der Verkehrsfreigabe zur Zustimmung vorzulegen, um sicherzustellen, dass die Verfügung zum Zeitpunkt der Verkehrsfreigabe rechtswirksam wird (ggf. erforderliche Beteiligung des Bundes).
II. Änderungen im Bestand

1. Netzkonzeption
   Bei der Beurteilung der Änderung der Verkehrsbedeutung ist unter Anwendung der RIN auch die regionale Netzstruktur zu bewerten. Sofern die umliegenden Straßenklassifizierungen nicht mehr zutreffend sind, muss eine neue Konzeption unter Einbeziehung des/r künftigen BLT erstellt werden. Insellösungen sind nicht zulässig.

2. Überprüfungen des Zustands der Straße und der Bauwerke

3. Vorlagepflicht
   Die Widmungsverfügung einschließlich des erforderlichen Kartenmaterials ist ungeachtet der Straßenklassifizierung dem zuständigen Ministerium zur Zustimmung vorzulegen.

4. Übernahmeerklärung
   Die Übernahmeerklärung/en des/er künftigen Baulastträger/s (BLT) ist/sind spätestens mit dem Vorentwurf vorzulegen.

5. Bei den aus Fördermitteln finanzierten Straßen wäre ein Interessenskonflikt zwischen Straßen- und Förderrecht zu beachten.
III. Vorlage der Widmungsverfügung beim zuständigen Ministerium

1. Vorlagebericht
   Der Vorlagebericht muss zwingend Angaben zu Folgendem enthalten:
   
a) bei Neubaumaßnahmen:
   
b) im Falle einer Bestandsumstufung:
      - Zeitpunkt des Baus der betreffenden Straße und Herkunft der Mittel
      - Gründe für die geänderte Verkehrsbedeutung
      - Interesse der betroffenen Gemeinde an der Umstufung
      - Absprachen mit Betroffenen
      - Prüfung, inwieweit das derzeitige regionale Konzept noch mit den Verbindungsfunktionen nach der RIN übereinstimmt
      - Bei der Vorlage alternativer Konzepte: Bewertung der Varianten durch das Regierungspräsidium mit Entscheidungsvorschlag
      - Technische Eignung der Straße, künftig Bundesfernstraßenverkehr aufzunehmen
      - Aussagen über eventuelle Unterhaltungsrückstände oder Ablösevereinbarungen
   
c) Übernahmeeerklärung:
      Ungeachtet des Anlasses der Vorlage der Widmungsverfügung ist anzugeben, ob die Übernahmeeerklärung/en von dem/n künftigen BLT unterzeichnet wurde/n.

2. Widmungsverfügung
   Es ist die als Anlage beigefügte Musterwidmung als Grundlage zu verwenden (Anlage 2).

3. Kartenmaterial
   Für Neubaumaßnahmen (neue Vorhaben, die am Planungsbeginn stehen) sind die Karten nach den Vorgaben der RE 2012 vorzulegen, für die Darstellung aller erforderlicher Angaben ist ein geeigneter Maßstab zu wählen. Für

4. Veröffentlichung
Eine Veröffentlichung darf erst nach Beseitigung der Unterhaltungsrückstände oder Unterzeichnung einer Ablösevereinbarung sowie der finanziellen Abgeltung der Ablösesumme erfolgen.

IV. Einverständnis des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur
Nach erfolgter Zustimmung des Bundes wird das Regierungspräsidium darüber unterrichtet und gebeten, das Weitere zu veranlassen. Ist die Zustimmung des Bundes an Bedingungen geknüpft, haben die Regierungspräsidien die Einhaltung der Bedingungen zu überwachen und ggf. das Erforderliche zu veranlassen, soweit hiervon abgewichen wird.

V. Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verfügung

VI. Zuständigkeiten
Bei der Erstellung einer Widmungsverfügung ist darauf zu achten, dass nur Straßen aufgeführt sind, für die die Zuständigkeit gegeben ist (§§ 5 Abs. 2 und 6 Abs. 2 StrG). Für Abstufungen von Kreisstraßen und die Aufstufung von Gemeindestraßen zu Kreisstraßen ist das Landratsamt als untere Verwaltungsbehörde zuständig. Soweit aus Gründen der Klarheit und Vollständigkeit erforder-

VII. Bestandskraft
Nach Erlangung der Bestandskraft ist die Verfügung einschließlich des dazugehörigen Kartenmaterials dem zuständigen Ministerium bei Landesstraßen einfach, bei Bundesfernstraßen in zweifacher Ausfertigung, zu übersenden.
Technische Anforderungen bei Aufstufungen

Nachfolgendes bezieht sich nur auf Aufstufungen zu Landes- oder Bundesfernstraßen im Einzelfall durch Verkehrsverlagerung im Bestand, d.h. nicht bedingt durch Maßnahmen des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen bzw. des Generalverkehrsplans des Landes.

Die aufzustufende Straße soll die Anforderungen der jeweils gültigen technischen Vorschriften einhalten, die an die Straße in ihrer neuen Einstufung vom neuen Bauasträger zu stellen sind. Die Verträglichkeit von Ausnahmen außerhalb der Grenzwerte ist zu begründen (Auskunft BMVI Ref. StB 15). Dem MVI ist im Vorlagebericht zum Umstufungsbegehren anzugeben bzw. zu bestätigen:

- Nennung der vorhandenen Verbindungsfunktionsstufe nach RIN
- Erforderlicher Straßenquerschnitt gemäß Erlasslage (RAA, RAL)
- Eingetretene Verkehrsverlagerung
- Ausreichende Verkehrsqualität nach HBS inkl. Benennung der Qualitätsstufe
- Aussagen zur bestehenden Verkehrssicherheit (z. B. durch das Verkehrssicherheitsscreening, u. U. Sicherheitsaudit)
- Ausreichende Oberbau- und Bauwerksdimensionierung (Prüfung der vorhandenen Bauklasse)
- Beschreibung des Zustandswerts (Substanz- und Gebrauchswert)
- ordnungsgemäß durchgeführte Unterhaltungsarbeiten.

Das BMVI behält sich vor, im Einzelfall Nachweise anzufordern.

Ergänzend ist bitte mitzuteilen:
- Längen je umzustufender Straße (Äste gesondert);
- Kurzbeschreibung besonderer Bauwerke (Tunnel, Stützände, Brücken), insbesondere Länge, Höhe und Querschnitt.
Anlage 2

Verfügung
Neuordnung des Straßennetzes im Bereich ……………
Bekanntmachung des Regierungspräsidiums ………………..
AZ.: ………………………

Die Verkehrsbedeutung der/einzelner Straße(n)/im Bereich von ………….hat sich [auf Grund des Neubaus der xy] geändert/verändert.


I. Widmung, / Umstufung, / Einziehung

Die Widmung/, Umstufung/, Einziehung erfolgt zum 01.01. 01.04., 01.07. 01.10.xy.

A. Widmung (§ 2 Abs. 1 FStrG/§ 5 StrG)
zur B xy i. d. Baulast der Bundesrepublik Deutschland (Bund) wird nach FStrG/[L xy i. d. Baulast des Landes Baden-Württemberg (Land) nach StrG]

Gegebenenfalls weitere Streckenabschnitte einfügen.

B. Umstufung (§ 2 Abs. 4 FStrG/§ 6 Abs. 1 StrG)
Die B xy in der Baulast der Bundesrepublik Deutschland (Bund)/[L xy in der Baulast des Landes Baden-Württemberg (Land)] wird


Gegebenenfalls weitere Streckenabschnitte einfügen.
C. Einziehung (§ 2 Abs. 4 FStrG/§ 7 StrG)
